

28.10.2014

Antrag

der Fraktion der CDU

Den wertvollen Beitrag der Kleingärtner für Gesellschaft, Gesundheit und Naturschutz würdigen und angemessen fördern

Das Kleingartenwesen erbringt für alle Kleingartennutzer, insbesondere für Familien mit Kindern auch mit geringem Einkommen, eine Erhöhung der Lebensqualität, führt Kinder und Erwachsene an die Natur und den Garten heran, und fördert den Erhalt der Natur durch Verständnis für die natürlichen Abläufe. Es trägt zum Umweltschutz durch die Schaffung von öffentlichem Grün in Kleingartenanlagen bei und nicht nur in Zeiten des Klimawandels, leistet es einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Klimas in der Stadt (Kleingartenanlagen sind in der Stadt, Orte der Artenvielfalt, Frischluftschneisen und Feinstaubbindung).

Kleingärten tragen zu einer gesunden und abwechslungsreichen Ernährung durch selbst gezogenes frisches Obst und Gemüse bei und fördern so das Verständnis für regionale Produkte. Kleingartenanlagen sind Biodiversitätsschwerpunkt in einer urbanen Umgebung, sie fördern die Artenvielfalt durch strukturreiche neu geschaffene Lebensräume und werden so zu den artenreichsten Vegetationsorten in der Stadt. Hierdurch bieten sie Rückzugsflächen und einen durch Menschenhand entstandenen Lebensraum, der beispielsweise für viele Insekten, Kriechtiere, Vögel und Nagetiere von hoher Bedeutung ist.

Ebenfalls ist der Beitrag der Kleingärten für die Stadtgesellschaft bemerkenswert, denn das Kleingartenwesen gestaltet Erholungsbereiche für alle Bürger. Kleingärtner pflegen in der Regel das öffentliche Grün in Kleingartenanlagen zum Nulltarif. Außerdem initiieren Kleingärtner zahlreiche soziale Partnerschaften mit verschiedenen Organisationen, z. B. Schulen, Kitas, Seniorenwohnheime und leisten hierdurch einen wichtigen Beitrag zum Dialog der Generationen. Das Kleingartenwesen stärkt das Miteinander von Menschen aus ursprünglich anderen Kulturbereichen. Gerade in den großen Ballungszentren werden die Kleingartenanlagen Orte der Begegnung und leisten aktive Hilfe bei der Integration in unsere Gesellschaft.

All diese Beispiele zeigen uns, wie bedeutsam der Beitrag der Kleingärtner für unsere Gesellschaft und die Umwelt ist. Viele Aufgaben werden hierbei ehrenamtlich wahrgenommen und entlasten durch das Prinzip der Vorbeugung und Prävention vor Ort, viele Kommunen, die sonst aus eigenen Mitteln entsprechende Maßnahmen durchführen müssten. Dieses besondere Engagement muss stärker gewürdigt werden.

Datum des Originals: 28.10.2014/Ausgegeben: 28.10.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

I. Der Landtag stellt fest:

- Die wohnungsnah Anbindung von Kleingartenanlagen ist aus sozialen und ökologischen Gründen von großer Bedeutung.
- Kleingartenanlagen bieten durch den Mix von privatem Grün (Kleingartenparzellen) und öffentlichem Grün eine besondere Erlebnisqualität für alle Bürger.
- Das Kleingartenwesen gehört selbstverständlich zur Stadtentwicklung, genauso wie Sport, Schule und Kultur.
- Die Förderung des Kleingartenwesens ist Verfassungsauftrag.

II. Der Landtag beschließt:

1. Das Kleingartenwesen benötigt eine finanzielle Stabilität über einen überschaubaren Zeitraum und soll entsprechend ausgestattet werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf sicherzustellen, dass in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2020, jährlich mindestens 500.000 Euro für Investitionen und Schulungen zur Gewährleistung der Planungssicherheit festgeschrieben werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kommunen in ihren Bemühungen, Kleingartenvereine zu fördern und bei Anliegerbeiträgen zu entlasten, konstruktiv zu begleiten und mögliche Wege für die weitere individuelle Unterstützung von Kleingartenvereinen bei der Belastung durch den kommunalen Anschluss- und Benutzungszwang zu prüfen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Christina Schulze Föcking
Rainer Deppe
Henning Rehbaum

und Fraktion